Nummer 3| März 2016

Liebe Leserinnen und Leser,

„rot–grün regierte Länder verbringen die Hälfte der Zeit damit, Probleme zu lösen, die es ohne Rot-Grün gar nicht gäbe“ so die Worte von Bundeskanzleramtschef Peter Altmeier, die einen Teil unseres Dilemmas beim Thema Flüchtlinge auf den Punkt bringen. Wir, die Oldenburger Abgeordneten aus Land und Bund sowie Bürgermeister und Landräte, haben die Zeit vor dem „Defftig Ollnborger Gröönkohl-Äten“ genutzt, um mit ihm über die Probleme vor Ort zu sprechen. Wir alle bauen darauf, dass die Maßnahmenpakete des Bundes und die politischen Verhandlungen in Europa zur wirklichen Reduzierung der Flüchtlingsströme führen. Dazu müssen die Bundesländer für eine schnelle und konsequente Umsetzung unserer Gesetze sorgen und ich hoffe, dass Angela Merkel beim EU Sondergipfel am 7. März ein Verhandlungserfolg gelingt. Ich wünsche ihr die Kraft und das notwendige Quäntchen Glück dafür.

Ihre

Astrid Grotelüschen

Asylpaket II beschlossen

Nach überaus zähem Ringen mit der SPD ist es nun endlich gelungen, das Asylpaket II auf die Beine zu stellen. Mit nur 427 (die Union hat 310) Stimmen haben wir die erforderlichen Änderungen im Asylgesetz, Aufenthaltsgesetz und im Asylbewerberleistungsgesetz am vergangenen Donnerstag beschlossen.

Unfassbar, dass wir durch diese Blockadehaltung wertvolle vier Monate Zeit verloren haben. Ein vergleichbares Taktieren des Koalitionspartners gab es bereits beim Gesetzgebungsverfahren zur Erweiterung der sicheren Herkunftsstaaten um Albanien, Montenegro und des Kosovo im vergangenen Jahr. Die Folge war, dass allein 2015 ca. 150.000 Migranten aus dem Westbalkan in Deutschland einen Asylantrag gestellt haben. Nach der Gesetzesänderung sind es derzeit „nur“ noch 1400 im Monat. Deshalb waren CDU/ CSU sich im November einig:

Es gilt, dem stark angestiegenen Anteil der Zuwanderer aus den nordafrikanischen Ländern Marokko, Algerien und Tunesien mit einer nochmaligen Erweiterung der sicheren Herkunftsstaaten schnell Einhalt zu gebieten. Obwohl sich das Kabinett dann endlich Anfang 2016 auf eine Erweiterung der sicheren Herkunftsstaaten um die Maghreb Staaten geeinigt hatte, fanden in den zurückliegenden zwei Sitzungswochen im Bundestag keine Beratungen statt.

Vor allem die Grünen, aber auch unser Koalitionspartner, blockieren erneut die Diskussion; die danach notwendige Zustimmung der Länder im Bundesrat, insbesondere die Niedersachsens, steht zudem in den Sternen. Ein fatales Signal an unsere Städte und Gemeinden, die mittlerweile nicht nur bei der Unterbringung an ihre Grenzen stoßen und damit weiterhin auf die dringend notwendige Entlastung warten müssen.

Zudem wird nun der Familiennachzug für subsidiär (eingeschränkt) Schutzberechtigte für einen Zeitraum von zwei Jahren ausgesetzt. Dies geschieht aus Einsicht bezüglich der Grenzen unserer Möglichkeiten. Bereits heute halten sich rund 500.000 syrische Flüchtlinge in Deutschland auf, denen das Recht auf vollen Familiennachzug zusteht. So sehr ich die Motive der sogenannten „Wirtschaftsflüchtlinge“ auch nachvollziehen kann, müssen wir bedenken, dass der bislang großzügig ausgestaltete Nachzug innerhalb Europas auch ein wesentlicher Anreiz ist, möglichst nach Deutschland zu kommen. Denn andere Staaten gewähren Familiennachzug in die-

ser Form nicht.

Neben dem beschlossenen Asylpaket II hat der CDU/CSU-Bundesvorstand Mitte Februar aber auch bereits weitergehende Eckpunkte zum bedeutenden Thema „Integration“ erarbeitet. Herausgekommen ist ein gutes Faktenpapier. In diesem werden verbindliche Integrationsvereinbarungen eingefordert, die die gegenseitigen Rechte und vor allem auch Pflichten in verständlicher Form festlegen.

Allen voran ist das Signal, dass der Integrationsprozess für Menschen mit Bleibeperspektive verpflichtend sein muss. Wer sich dauerhaft verschließt, muss mit spürbaren Konsequenzen rechnen, zum Beispiel für seinen Aufenthaltsstatus oder aber mit Leistungskürzungen. Entscheidend ist zudem, dass wir für die Menschen mit guter Bleibeperspektive frühe Hilfen, den Zugang zum Integrationskursus und zum Arbeitsmarkt anbieten.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat bereits mit der Initiative „Wege in die Ausbildung für Flüchtlinge“ einen ersten Beitrag für Menschen unter 25 Jahren vorbereitet. Bis Ende März soll nun eine Bund–Länder AG auf der genannten Grundlage ein Integrationskonzept erarbeiten.

Bargeld ist wichtig!

In der vergangenen Woche hat es eine öffentliche Debatte rund um das Thema Bargeld und Bargeldgrenze gegeben Einige Bürger fragten besorgt bei mir nach, deshalb lassen Sie mich klarstellen:

Bargeld wird es auch weiterhin geben, und jeder soll es auch weiterhin in unbegrenzter Höhe besitzen dürfen. Einen Vorschlag, das Bargeld abzuschaffen, gab es weder von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble noch von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Ich selbst halte Bargeld für unverzichtbar, weil es ein Bestandteil unserer Freiheit ist. Wären alle Menschen gezwungen, jegliche Bezahlung elektronisch und damit nachweisbar durchzuführen, gebe es keine Privatsphäre mehr. Aus meiner Sicht ist es daher notwendig, dass die Menschen auch weiterhin mit ihrem angesparten Geld „normale“ Anschaffungen und Leistungen wie zum Beispiel eine Küche oder einen Hotelaufenthalt bar bezahlen können. In diesem Bereich darf es keine staatliche Bevormundung geben.

Darüber hinaus gibt es in der Unionsfraktion keine Überlegungen zur Abschaffung der 500-Euro-Banknote oder von Ein- und Zwei-Cent-Münzen. Dies ist eine Frage, die von der Europäischen Zentralbank bzw. von den nationalen Notenbanken zu entscheiden ist.

Allerdings werden dubiose Geschäfte von Terroristen, Waffen- oder Drogenhändlern oft bar abgewickelt. Viele EU-Staaten halten Bargeld-Beschränkungen deshalb für einen guten Weg im Kampf gegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung. So gelten in zwölf europäischen Staaten bereits Obergrenzen für Bargeldgeschäfte, etwa in Frankreich (1000 Euro), in Polen (15.000 Euro), Italien (3000 Euro). Da die Gefahr besteht, dass Geldwäscher dahin ausweichen, wo es keine Beschränkungen gibt, üben genau diese Länder Druck auf Deutschland aus. Deshalb hat das Bundesfinanzministerium angeregt, die Einführung einer europaweit einheitlichen Obergrenze für die Bezahlung von Waren und Dienstleistungen von Unternehmen mit Bargeld zu prüfen.

Wir werden in den kommenden Wochen ergebnisoffen darüber diskutieren müssen, welche Maßnahmen zu Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung geeignet sind. Im Fokus werden insbesondere Bareinzahlungen auf Treuhandkonten von Rechtsanwälten oder Barzahlungen für Immobilien oder Unternehmensbeteiligungen stehen.

Internationales Flair

Vielfalt und Internationalität prägen die deutsche Hochschullandschaft: Im Jahr 2015 waren 321.569 ausländische Studierende an deutschen Hochschulen eingeschrieben. 2009 lag die Zahl noch bei 240.000. Besonders für Bildungsausländer (Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sowie ausländischer Hochschulzugangsberechtigung) scheint Deutschland ein attraktiver Studienstandort zu sein. 235.858 Bildungsausländer studierten 2015 in Deutschland (56.000 mehr als im Jahr 2009). Auch die Zahl der Bildungsinländer (mit ausländischer Staatsangehörigkeit, aber deutscher Hochschulzugangsberechtigung) stieg von etwa 50.000 Personen (2009) auf 85.711 im Jahr 2015. Somit beträgt der Anteil von Ausländern an der Studentenschaft 11,9 Prozent. Im Hörsaal treffen sich dabei Menschen aus aller Welt: Mit 30.259 Studierenden aus China (12,8 Prozent), 11.655 aus Indien (4,9 Prozent), 11.534 russischen Studierenden sowie 9.875 Österreichern (4,2 Prozent) wird die Liste der Herkunftsstaaten der Bildungsausländer angeführt.

(Quelle: Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, Deutscher Akademischer Austauschdienst)

Frohe Botschaft für die Wesermarsch

Der Landkreis Wesermarsch will eine deutliche Verbesserung der Breitbandversorgung in seinen Kommunen erreichen. Diese Zielsetzung gilt es zu unterstützen, da hiervon auch die erfolgreiche Umsetzung der Digitalisierung, Stichwort Industrie 4.0., abhängig ist. Daher bin ich froh, dass Landrat Thomas Brückmann nun in Berlin die Förderbewilligung für 50.000 Euro für eine Netzstrukturplanung in der Wesermarsch erhalten hat (Bild). Die Urkunde überreichte uns der Bundesminister für Verkehr und Digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt, persönlich.

Viele Haushalte verfügen bei ihrem Internetzugang nicht einmal über die geringe Geschwindigkeit von 6 Mbit/s. Durch die Mittel aus dem Bundesförderprogramm erhält die Wesermarsch die Möglichkeit, Ausbauprojekte für schnelles Internet zu planen und Antragsunterlagen für eine Bundesförderung zu erstellen.

In einem zweiten Schritt ist es dann möglich, eine weitere Förderung von max. 15 Millionen Euro zu erhalten, um Ausbauprojekte umzusetzen. Ich rufe dazu auf, dass alle Kommunen und Landkreise im Wahlkreis diese Chance auf Bundesförderung nutzen, um unserem Ziel, bis 2018 keine weißen Flecken mehr auf der Landkarte zu sehen, ein Stück näher zu kommen. Weil das Bundesprogramm auch mit Förderprogrammen der Länder kombinierbar ist, kann der Eigenanteil der Kommunen für diese Investitionen sogar bis auf zehn Prozent reduziert werden.

Das Bundeskabinett hat bereits den zweiten Aufruf gestartet: Kommunen und Landkreise können seit dem 2. Februar Förderanträge stellen. Voraussetzung für die Einreichung des Förderantrages ist die Registrierung auf der zentralen Online-Plattform unter: www.breitbandausschreibungen.de

Thementag zu „Industrie 4.0“

Zu einem speziellen Thementag „Industrie 4.0“ habe ich an diesem Mittwoch, 2. März, im Wahlkreis eingeladen. Dafür konnte ich den internetpolitischen Sprecher der CDU / CSU-Fraktion gewinnen: **Thomas Jarzombek MdB** (Bild). Zunächst werden wir gemeinsam mit interessierten Landwirten den Hof von Andreas Debbeler in Düngstrup besuchen. Dabei geht es vor allem um die Vor- und Nachteile der Digitalisierung in der Landwirtschaft.

Einen weiteren Besuch habe ich bei der Firma Ascora in Ganderkesee vorgesehen. Dr. Sven Abels arbeitet mit seinem 34-köpfigen IT-Team z.Zt. an einem EU geförderten Forschungsvorhaben mit dem Namen „Crema“. Aktuell ist seine Firma durch die Verbraucher-App „Schokoriegel Checker“ im Zusammenhang mit der Rückrufaktion von Süßwaren bekannt geworden.

Daten und Fakten

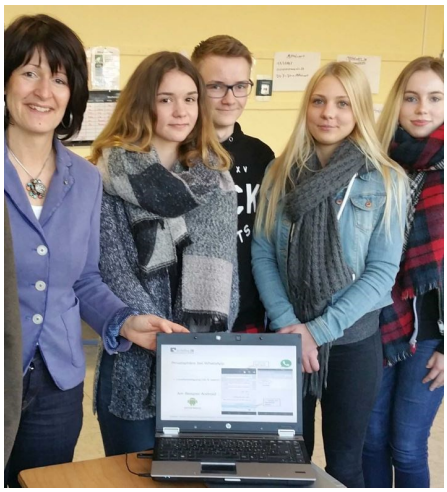
Frauen häufiger in Arbeit — Von 2001 bis 2015 wurden 64 Prozent aller neu entstandenen Arbeitsplätze in Deutschland mit Frauen besetzt. Dies liegt laut IW Köln vor allem an der verstärkten Bedeutung des Dienstleistungssektors: Im entsprechenden Zeitraum entstanden rund 1,6 Millionen neue Jobs alleine im Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialwesen, von denen 1,2 Millionen Stellen mit Frauen besetzt wurden. Während die Erwerbslosenquote in Deutschland im Dezember 2015 für Frauen bei 4,1 Prozent und für Männer bei 4,9 Prozent lag, sind Frauen vor allem in den angespannten Arbeitsmärkten Südeuropas noch häufiger auf Jobsuche. In nahezu allen EU-Ländern hat sich das Verhältnis der geschlechterspezifischen Erwerbslosenquoten seit Beginn der Wirtschaftskrise 2009 jedoch zugunsten der Frauen verbessert. Im EU-Durchschnitt lag die Erwerbslosenquote im Dezember 2015 bei 9 Prozent der Männer und 9,1 Prozent der Frauen. *(Quelle: IW Köln)*

Reallöhne steigen — Deutschland verzeichnet den höchsten Anstieg des Reallohnindexes seit der Erhebung dieser Daten im Jahr 2008. Im Jahr 2015 sind die Reallöhne im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Prozent gestiegen. Gründe dafür sind leicht steigende Verbraucherpreise (+0,3 Prozent) bei mittleren nominalen Verdienststeigerungen (+2,8 Prozent). Besonders deutlich ist der nominale Zuwachs bei Beschäftigten mit unterdurchschnittlichen Verdiensten. So gab es einen Anstieg des monatlichen Bruttoverdienstes um 4,1 Prozent bei ungelernten Arbeitnehmern im Vergleich mit den sonstigen Beschäftigungsgruppen. Bei geringfügig Beschäftigten lässt sich ein Verdienstzuwachs von 4,7 Prozent konstatieren, bei Teilzeitkräften beträgt er noch 3,0 Prozent und bei Vollzeitbeschäftigten 2,6 Prozent.
(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Umfassende Aufklärung über die Fallsticke im Internet

Auftakt für die Initiative „erlebe IT“ in meinem Wahlkreis: Schüler, Lehrer und Eltern der Oberschule Harpstedt haben jetzt das umfassende — und kostenlose — Informationsangebot von bitkom wahrgenommen, für das ich die Schirmherrin im Wahlkreis 28 bin.

Ich selbst bin intensive Nutzerin von Internet, Messenger-Diensten und Social Communities. Aber bei allen unbestreitbaren Vorteilen, die die Nutzung mit sich bringt, sollte sich jeder auch über Gefahren im Klaren sein. Es lauern schon einige Fallen, wenn man sich nicht so richtig auskennt. Deshalb habe ich auch keinen Moment gezögert, als ich von der Informationsmöglichkeit des Digitalverbandes Deutschlands hörte. Die Schüler der Jahrgangsstufe 9 sind jetzt hinsichtlich Medienkompetenz gestärkt. Auch für die Eltern gab es einen interessanten Informationsabend.



Schüler der Oberschule Harpstedt nutzten jetzt das Angebot „erlebe IT“ des Digitalverbands Deutschlands, kurz „bitkom“. Bild: bitkom

Weitere Schulen wie beispielsweise die Oberschule Elsfleth, das Jade-Gymnasium und die Realschule Wildeshausen haben sich bereits für das Programm angemeldet. Es können sich gerne noch mehr Schulen melden. Der Kontakt wird über meine Büros vermittelt, und ich komme dann immer wieder gerne vor Ort hinzu.

Stark machen für die regionale Wirtschaft

Ein spannendes und konstruktives Gespräch über regionale Wirtschaftsthemen habe ich jüngst mit Jens Wrede geführt. Seit November 2015 ist er der Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Wesermarsch mit Sitz in Brake.

Zu unseren Themen zählte unter anderem der Breitbandausbau, entscheidend nicht nur für unsere Bürger sondern auch in Bezug auf „Wirtschaft 4.0“. Weiterhin haben wir das Thema des Fachkräftemangel angesprochen—nach Angaben von Jens Wrede ist es ein zentrales Problem für die Wirtschaft in der Region. So werde schon versucht, Fachkräfte von auswärts für die Wesermarsch zu gewinnen. Dabei helfe auch ein gutes Netzwerk, dem sich die Wirtschaftsförderung bereits angeschlossen hat. Als Mitglied des Wirtschaftsausschusses will ich natürlich gerne dazu beitragen, dass wir gemeinsam viel für die Wesermarsch und für den gesamten Wahlkreis bewegen werden.

Tolles Gespräch mit Jens Wrede in Brake.

Unterwegs:

- 03.03. Podiumsdiskussion in Nordenham: Leben und Wohnen im Alter
- 04.03. Vertreterversammlung des Kreislandvolkverbandes Oldenburg in Wardenburg
- 05.03. Veranstaltung zum Weltfrauentag mit Beteiligung der FU in der Markthalle in Delmenhorst

Astrid Grotelüschen MdB

Berliner Büro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de
Tel.: +49 30 227-74607
Fax: +49 30 227-76608

Bürgerbüro
Zwischenbrücken 5b
27793 Wildeshausen
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma07@bundestag.de
Tel.: +49 4431 9554526
Fax: +49 4431 9554527

Bürgerbüro
Lange Straße 62
27804 Berne
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de
Tel.: +49 4406 9729966
Fax: +49 4406 9729969